

## Kein Klimaschutz ohne Waldschutz!

### Die Rolle der Wälder in und jenseits von Kopenhagen. Regenwälder, Biodiversität, Menschen und unser Klima schützen - welche Rolle kann Deutschland spielen?

Impulsreferate und Podiumsdiskussion

Bericht: Christoph Meyer (CM) für AGEG Consultants eG.

Ort: Berlin, Hotel Adlon Kempinski  
 Datum: 12. November 2009, 12-15 Uhr  
 Veranstalter: BCC - Business Communications Consulting GmbH

65 Teilnehmer/innen (incl. Referenten) waren lt. Teilnehmerliste angemeldet, sie kamen aus den Bereichen

- Politik (SPD, CSU, CDU, Grüne, FDP, MdB Böhmer),
- GOs (DED, GTZ, KfW, BMU, BMF, BMZ, UBA),
- Wirtschaft (z.B. Deutsche Bank, GDV, BDI, E.ON, RWE),
- Medien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen.

#### Michael Kauch: Deutschlands Rolle im Waldschutz

*Kauch ist umweltpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages und Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung.*

*Er bezog Stellung zur Frage, was wir in puncto Waldschutz von der neuen schwarz-gelben Bundesregierung in Kopenhagen erwarten können.*

Das Thema Wald wird ein Kernanliegen im BMU sein. Umweltminister Röttgen stellte in der Generaldebatte gestern heraus, dass es sich bei der Klimakrise im Gegensatz zur Finanzkrise um eine Überlebensfrage handele. Darüberhinaus bräuchten Bremsprozesse länger als bei der Finanzkrise (Röttgen am 11. Nov. 09 im Bundestag: „Bei der Finanzmarktkrise konnten die Retter noch sagen: Wir haben in den Abgrund geschaut, sind einen Schritt zurückgegangen und konnten uns retten. - Wenn wir es bei der Klimakrise, bei der Ökokrise so weit kommen lassen, dann können wir nicht mehr einen Schritt zurückgehen; denn die Ökosysteme sind zu träge, als dass man sie per Kommando stoppen könnte.“ (<http://www.norbert-roettgen.de/content/view/422/63/>))

13 Millionen ha Wald verschwinden jedes Jahr weltweit. Er habe vor zwei Jahren auf einer Parlamentarier-Reise nach Borneo (Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit führt in der Zeit vom 3. bis 11. Dezember 2007 eine Delegationsreise nach Singapur und Borneo, Indonesien, durch, ([http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2007/pm\\_0711291.html](http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2007/pm_0711291.html))). Die Dokumentarfilmerin Inge Altemeier hat die Reise begleitet; ihr Beitrag wurde mehrfach im Fernsehen ausgestrahlt. CM.) einen persönlichen Eindruck gewonnen. Für ihn haben sich daraus zwei Schlussfolgerungen ergeben: Man muss die dortige Regierung beim Waldschutz unterstützen, und man muss entgegenlaufenden Anreizen entgegenwirken.

Die indonesischen Torfwaldbrände setzen Emissionen frei, die mit den jährlichen Emissionen von Industrieländern vergleichbar seien. Zudem wird wirtschaftliches Potenzial vernichtet - Allein mit Medikamenten aus dem Regenwald wird heute ein Umsatz von 327 Milliarden US-Dollar gemacht, das ist mehr als der Bundeshaushalt. So stimme er einem Kollegen nicht zu, der Umweltschutzprojekte ausschließlich hier im Land befürworte. Er

halte es für besser und effizienter, Wald im Ausland zu schützen. Man müsse beides tun, vor allem aber müsse man die Waldbrände verhindern.

Im Koalitionsvertrag steht: "Wir halten an der Zusage zur Finanzierung des Internationalen Waldschutzes es fest." (Röttgen am 11. Nov. 09: „Alle Zusagen - auch finanzielle Zusagen -, insbesondere im Bereich des internationalen Waldschutzes, werden wir einhalten und weiter ausbauen.“ Quelle s.o.) Die Zusage stehe, „da gibt es keinen Wackeln“.

In den Koalitionsverhandlungen hat es eine Kontroverse darüber gegeben, was mit den Versteigerungserlösen ab 2013 passieren solle. Aus den verschiedenen Ministerien kamen Wünsche, die sich zu einem mehrfachen dessen addierten, was verfügbar sein wird. Sei es nicht geboten und legitim, zur Entlastung künftiger Generationen die Mittel in den allgemeinen Haushalt zu Schuldensenkung fließen zu lassen? Um der Generationengerechtigkeit genüge zu tun, ist es aber auch legitim, die Erlöse zur Bezahlung der kommenden Umweltschutzverpflichtungen aufzuwenden.

Der Koalitionsvertrag macht hier nun eine nicht eingeschränkte Aussage: 50% der Erlöse aus den Versteigerungen werden für den Klimaschutz aufgewendet, vorrangig international, nachrangig national. („Gemäß den deutschen Verpflichtungen bei dem Europäischen Rat sollen 50 Prozent der Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate ab 2013 vorrangig für internationale und ergänzend nationale Klimaschutzprojekte genutzt werden. Letztere sollen insbesondere für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel verwendet werden.“ (Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP 2009))

Die armen Länder sind die Hauptleidenden unter der Klimaveränderung, aber sie sind nicht Hauptverursacher,

mit Ausnahme von Indonesien und Malaysia, deren Emissionen aus Waldvernichtung signifikant zum globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß beitragen. Doch Vorsicht bei Schuldzuweisungen: So habe auf ihrer Parlamentarier-Reise eine britische Palmölplantage mit deutschem Management in Zentral-Kalimantan auf dem Programm gestanden. Sie seien aber kurzfristig ausgeladen worden, als die Betreiber erfuhren, dass sie von einem Kamerateam begleitet wurden. Anstelle dessen hatten sie dann eine indonesische Plantage besucht, die offenbar nichts zu verheimlichen hatte. Ferner muss einem bewusst sein, dass sich bei den Klima-Verhandlungen in Poznan 2008 die ost- und südeuropäischen Staaten nicht konstruktiv verhalten hätten.

Kauch ist entschieden dagegen, Waldschutzmittel einfach den zentralen Regierungen der Armen Länder zu überweisen. Nach seiner Erfahrung gibt es im Forstministerium in Jakarta nur zwei Beamte, um diese Aufgabe zu bewältigen, und die Korruption in Indonesien ist sprichwörtlich. Indonesien ist "not capable". Von Staaten wie dem Kongo braucht man gar nicht zu reden.

Insofern müssen die EU Regierungen einen Einfluss auf die Verwendung der Gelder haben. Er will keine Gelder in Fonds der Vereinten Nationen zahlen, über die dann mit einfachen Mehrheiten entschieden wird.

Für die bessere Lösung hält Kauch die Zertifizierung bilateraler Projekte. Hierbei ist darauf zu achten, dass die einheimische Bevölkerung profitiere; für sie müssen wirtschaftliche Alternativen geschaffen werden. Kauch hat in Indonesien vorbildliche Projekte gesehen, bei denen Agro-Forstwirtschaft mit Waldschutz verbunden wurde. Hier fordert er die Wissenschaft auf, endlich eine intelligente Forschung zu betreiben, die sich auf solche Lösungen konzentriert.

### Andrew Mitchell: die Herausforderung

*Andrew Mitchell ist Direktor des Global Canopy Programme, einer international agierenden NGO, deren Ziel es ist, den Wert der von den Wäldern erbrachten "Öko-Dienstleistungen" zu erforschen, (Finanzierungs-) Konzepte zum Schutz der Wälder zu entwickeln und das Wissen darüber an Entscheidungsträger zu vermitteln.*

Mitchell strich eingangs heraus, dass er mit seinem Vordr. Kauch sehr übereinstimme. Dann gab er einen eindringlichen Überblick über das Problem Waldvernichtung, wobei er im Wesentlichen wiederholte, was er auf der Vorgänger-Veranstaltung "Letzte Ausfahrt Kopenhagen" am 12. Mai diesen Jahres in Frankfurt bereits vortragen hatte (s. Bericht über diese Veranstaltung, CM). Mitchell strich besonders die aktive Rolle und damit Verantwortung der Wirtschaft für die Zerstörung heraus und verwies auf das Forest Footprint Disclosure Project. Auf den augenblicklichen Stand der internationalen Klimaverhandlungen ging er nur kurz ein. Zu den Ergebnissen von Barcelona sagte er, dass der Text recht gut aussehe. Es zeichne sich jedoch ab, dass man in Kopenhagen keine bindende Übereinkunft erreicht werde.

Habe sich der CDM-Mechanismus im Kyoto-Protokoll als unbrauchbar für den Schutz alter Wälder erwiesen - finanzierbar seien lediglich Wiederaufforstungen - habe beim REDD-Mechanismus, wie er in Bali diskutiert wurde, die Waldvernichtung im Vordergrund gestanden.

Inzwischen sei der Stand „REDD+“. REDD+ schließe

Empörend findet er Forderung von Ländern wie Ecuador, das auf die Förderung des im Amazonas liegenden Öls nur verzichten will, wenn sie es ersetzt bekommt. Es ist klar, dass dann nur die Eliten profitierten.

Soll man Waldschutz in den Clean Development Mechanism (CDM) integrieren? Langfristig ja; jetzt aber ist es zu früh, man läuft Gefahr, Abholzung durch die Bezahlung der Wiederaufforstung zu honorieren. Eine ungeregelte Integration in den CDM öffnet dem Betrug Tür und Tor.

Kauch strich die Vorbildfunktion der Kompensationsmaßnahmen des Deutschen Bundestages heraus und kritisierte, dass kein einziges Waldschutz Projekt dabei ist, und dass es nur Projekte in China und Indien gebe, wo ohnehin die Kompensationsprojekte Deutschlands fast ausschließlich stattfinden - dies ist kein Vorbild.

Zum Ordnungsrecht führte er aus, dass im Koalitionsvertrag steht: „Wir wollen auf EU-Ebene die Maßnahmen gegen illegal geschlagenes Tropenholz verschärfen“. Genauer sei noch nicht festgelegt. Er selbst ist dagegen, dass schon der Besitz illegal gewonnenen Tropenholzes strafbar sein soll, da es für den Käufer nicht als illegal zu erkennen ist.

Er setzt darauf, auch zu verhindern, dass Öl und Soja aus Gebieten der Tropenwaldvernichtung importiert wird, hierfür muss eine Zertifizierung in den Herkunftsländern sorgen. Wie dies zu regeln ist, muss sich in der Praxis zeigen. Er möchte eine solche Nachhaltigkeit-Zertifizierung aber nicht nur für Kraftstoffbeimischung und Verstromung, sondern auch für Lebensmittel und Futtermittel, sonst wird der Einsatz von nicht nachhaltig gewonnenem Öl lediglich in andere Sektoren verlagert. Kauch schloss seiner Eröffnungsrede mit der Bekräftigung, dass diese Koalition den Waldschutz voranbringen will.

stehende Wälder ebenso ein wie die Verbesserung der Kohlenstoffspeicher durch Aufforstungen (von Relevanz vor allem in Indien und China). Inwieweit nachhaltige Waldwirtschaft einbezogen werden solle, sei noch nicht ausdiskutiert.

Mitchells Fernziel sei jedoch eine Übereinkunft jenseits des REDD-Mechanismus: „PINC“, stehend für „Proaktive Investitionen in Natur-Kapital“, ein Konzept, das von Global Canopy Programm erdacht wurde und auch vom „Tropenwald-Notfallpaket“ des Prince of Wales/ PRP unterstützt werde (PRP (The Prince's Rainforests Project) 3/2009: An Emergency Package For Tropical Forests).

Auch ein nicht bindendes Übereinkommen zu REDD sei wertvoll, wenn dadurch der Emergency Plan ein Mandat erhalten würde (PRP 3/2009, S. 4). Hierbei geht es um einen Fonds, den die Staaten für eine Übergangszeit finanzieren müssten, um daraus Maßnahmen unterstützen, die Empfängerländer zu befähigen, die von der Wirtschaft finanzierten Schutzmaßnahmen durchzuführen (s. Bericht der letzten Veranstaltung CM).

## Tracy Campbell: Das Forest Footprint Disclosure Project

*Fr. Campbells Hintergrund ist eine 20jährige Tätigkeit als Finanzanalystin, sie ist seit Juli d. J. Direktorin beim Forest Footprint Disclosure Project.*

Große Unternehmer wüssten in der Regel nicht, was ihre Produkte Klimaschädigendes anrichten. Das Projekt will Abhilfe schaffen. Wirtschaftsunternehmen verpflichten sich, ihre Zulieferkette zu überprüfen.

Das Forest Footprint Disclosure Project wird derzeit von 27 Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 3 Billionen US \$ befürwortet.

Die erste deutsche Firma hierbei war adidas; BMW ist auch dabei, ebenso Metro. Generell seien die Unternehmen, die direkt mit dem Endverbraucher zu tun haben, interessierter. Januar 2010 erscheint ein ausführlicher Bericht in London.

## Podiumsdiskussion: die Lösungen

- *Anthony Simon, ehemaliger Vorsitzender Marketingbereich, Vorstandsmitglied Unilever*
- *Holger Mayer, Vorstand HSE AG, zweitgrößte Ökostrom Anbieter Deutschlands, Initiator von Wiederaufforstungsprojekten*
- *Ralf Frank, Geschäftsführer DVFA, Deutsche Vereinigung Finanzanalyse und Asset-Management, engagiert im Bereich sozial verantwortlicher Investitionen, die Vereinigung veröffentlichte 2008 das ESG-Reporting (Key Performance Indicators für das Environmental, Social and Governance-Reporting)*

**Anthony Simon** hob mit einem Impulsreferat die Vorzüge der Philosophie seiner Firma Unilever hervor („doing well by doing good“), insbesondere im Umweltbereich, und betonte die Dramatik des fortschreitenden Klimawandels, wobei er eine Reihe Persönlichkeiten zitierte. Er nannte Schweden als gutes Beispiel für CO<sub>2</sub>-Kennzeichnung und schloss mit seiner Vision: "Konsumenten müssen mit Hilfestellung von Marken, Händlern und Nichtregierungsorganisationen in die Lage versetzt werden, ihren Teil beizutragen. Hierfür brauchen wir Zertifizierung."

**Holger Mayer** charakterisierte sein Energieversorgungsunternehmen HSE AG mit dem Ausdruck "Daseinsvorsorge". Es sei ein traditionelles Unternehmen, das immer geliefert habe, was Stand der Technik gewesen sei: Kohlestrom, Atomstrom. Sie waren immer ideologiefrei. Seine Branche wurde früher in der Gesellschaft als Lösung gesehen - Energie für das Wirtschaftswunder -, in den Siebzigern wurde sie mit der Anti-Atomdebatte plötzlich zum Problem. Die Umweltfrage konterkarierte die Daseinsvorsorge. Gleichzeitig gab es einen Generationenwechsel. Man wollte Teil einer Lösung werden, die da hieß: CO<sub>2</sub>-Vermeidung, -Absorption und Energieeffizienz - der "Energieversorger-Dreiklang". Man wollte aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen. Nun hatte man aber in den zurückliegenden Jahrzehnten die Infrastruktur für die Gasversorgung von 200.000 Haushalten und damit die Grundlage für die Nutzung einer fossilen Energieform geschaffen. Die hieraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Emissionen wollte die HSE AG kompensieren. Sie entschied sich für Aufforstung, nicht für den Schutz natürlicher Wälder. Die Nachfrage von Carbon-Offsets war groß und der Markt unüberschaubar, so beschloss man, Projekte in eigener Regie durchzuführen. Diese Entscheidung spiegelte sich in der Einstellungspolitik dieser Zeit wieder, es wurden Förster und Projektbetreuer gesucht, nicht mehr nur Techniker, sondern Leute die sich mit Baumpflanzen und -schützen auskennen und soziale Projekte vorantreiben können – dies sei wahre "Daseinsvorsorge". „Wir müssen das selbst machen“: die HSE AG wolle mit Projekten so verantwortungsvoll umgehen wie mit Kraftwerken, hierzu gehören auch sozioökonomische Aspekte wie Landrechte.

Herr Mayer berichtete von seiner Erfahrung mit Zertifizierung von „grünem Strom“, bei der ein Nachteil deutlich zutage getreten sei: In der Anfangszeit des „grünen Stroms“ waren Kriterien hierfür noch in der Entwicklung. Sein Unternehmen entschied sich schließlich für das OK-Power-Label des Ökoinstituts e.V. Dessen Kriterien seien heute aber veraltet. Die HSE AG wollte sie daraufhin anpassen und den Standard anheben, bekam aber die Antwort des Ökoinstituts, dann brähe der ganze Markt für dieses Zertifikat auseinander, da dann andere den Standard nicht mehr erfüllen könnten.

Mayers Fazit: Zertifikate bringen eine Scheinstabilität auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Für ein nachfrageorientiertes Unternehmen reiche dieser kleinste Nenner nicht mehr aus, wenn der Markt mehr fordere. Zertifikaten können einen Standard „zu Tode nivellieren“. Er würde deshalb künftig lieber auf Konsumentenverhalten setzen, getrieben durch die politische Diskussion.

**Ralf Frank** bezeichnete die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA) als Ausbildungsinstitut für Fondsmanager und Finanzanalysten. Es sei keine Lobbyorganisation. Seit vier Jahren beschäftigten sie sich viel mit dem Umgang von Klima- und Umweltrisiken in der Finanzwirtschaft. Nachhaltigkeitsaspekte gewannen in der EU seit acht- bis 10 Jahren mehr an Bedeutung (heute: 20% aller Anlagen). Seine Kernaussagen:

- Der Kern einer Investitions-Entscheidung sei im Grunde einfach: In welchem Unternehmen erziele ich mehr Rendite?  
Doch gerade im Bereich Nachhaltigkeit gebe es viel besser zu machen. Die Entscheidungs-Frage müsse einen Zusatz bekommen: „Beweisen Sie uns, dass diese Investition in nachhaltige Produkte einen nachhaltigen Profit haben wird.“
- Investoren seien heute überversorgt mit komplexen Informationen. Diese wimmelten von Akronymen und Abkürzungen – dieses Material müsste allgemeinverständlich übersetzt werden.
- Zu Klimawandel und der Verantwortung der Banken: Viel zu wenig wird noch darauf geschaut, was die

Banken in ihren Kreditbüchern hätten. Gerade der deutsche Finanzmarkt sei überschaubar, eigentlich veraltet, viele Unternehmen seien kreditfinanziert. Tatsache sei, dass Umweltsünder neue Kredite bekämen (z.B. auch jene britische Firma, die ihre Palmölplantage auf Borneo nicht filmen lassen wollte).

- Seit 10 Jahren gibt es Umweltberichte der Unternehmen, die aber keinen einheitlichen Mindeststandard hätten und so nicht vergleichbar seien. In den Berichten werde gerne der Betriebskindergarten ausführlich dargestellt, es sollte aber vor allem Anlage-Entscheidendes drin stehen. Besonders in Deutschland sei dies unterentwickelt. Dem abzuhelfen, habe seine Vereinigung einen Indikatorenkatalog entwickelt.

Dissens gab es zwischen Mayer und Simon in der Frage, ob das Konzept „Proaktive Investitionen in Natur-Kapital“ allgemein verstanden werden könnte. Während Simon dies bezweifelte und im Übrigen auch meinte, die Global-Forest-Footprint-Broschüre von Global Canopy Programme sei keine einfache Lektüre für die Ernährungsindustrie, meinte Meyer, jeder würde das verstehen, wenn man es ihm erklärte. Simon äußerte weiterhin die Überzeugung, dass der Prozess der Veränderung zur Nachhaltigkeit von oben betrieben werden müsse – da die Einsicht bei wichtigen Unternehmen wie Unilever und HSE AG angekommen sei, sei man auf dem besten Wege dazu.

Die Diskussionsteilnehmer stimmten überein, dass das Thema Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten keine Nischenaktivität mehr ist (selbst an der Wallstreet; „Dialogue has completely changed“).

Bericht: Christoph Meyer (CM) für AGE G Consultants eG.  
Email: meyer\_chr(a)gmx.de